

**Synopse aktueller Untersuchungen zur
Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern**

von

Thomas Pelz und Astrid Ziegler

Diskussionspapier Nr. 90

Dezember 2000

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	5
2. Aktuelle Untersuchungen zur Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern	
2.1 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck	7
2.2 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Anlagevermögen der ostdeutschen Länder und Gemeinden - noch erheblicher Nachholbedarf	11
2.3 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht	15
2.4 Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Simulationsrechnung zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer	19
2.5 Gemeinschaftsgutachten: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland	23
2.6 Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Regionalanalyse Ostdeutschland	25
2.7 Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands	29
3. Zusammenfassende Einschätzung	32
Literaturverzeichnis	34

1. Einleitung

Das derzeitige System der Sonderförderung für Ostdeutschland ist in seiner Struktur und in seinem Umfang noch bis zum Jahr 2004 als Solidarpakt festgeschrieben. Vereinbarungen für seine Weiterführung nach 2004 wurden bisher noch nicht getroffen. Von politischer wie auch wissenschaftlicher Seite wurde Ende der 1990er Jahre eine Diskussion begonnen, wie es nach 2004 mit der Förderung für die neuen Bundesländer weitergehen soll.

Die Ostförderung muß sich aus zweierlei Richtungen neuen Rahmenbedingungen stellen. Die Westländer sind nach über 10 Jahren nicht mehr ohne weiteres bereit, Transferleistungen auf hohem Niveau für den Osten aufzubringen. In diesem Zusammenhang steht u.a. das gesamte deutsche Finanzausgleichssystem zur Disputation. Im Kontext der Aufnahme ost- und mitteleuropäischer Staaten in die Europäische Union stößt die EU an Grenzen. Die Osterweiterung kann nur funktionieren, wenn sie sich intern verändert. Außerdem werden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den angrenzenden Ländern, wie z.B. in Deutschland, erwartet. Es zeichnet sich bereits ab, dass die im Jahr 2006 auslaufende Strukturfonds-Förderung in der heutigen Form nicht mehr weiter bestehen bleiben wird, weil die osteuropäischen Länder das ganze Strukturfondssystem sprengen würden. Dies wird u.a. auch Auswirkungen auf die Strukturfondsförderung in Ostdeutschland haben.

Vor diesem Hintergrund haben u.a. verschiedene Bundes- und Länderstellen wissenschaftliche Gutachten mit dem Ziel in Auftrag gegeben, zu untersuchen, in welchem Umfang und in welcher Form eine Weiterführung der Ostförderung unter den sich abzeichnenden neuen Rahmenbedingungen notwendig und möglich ist.

Mit der vorliegenden Synopse werden Ergebnisse von Untersuchungen zur wirtschaftlichen Lage und zur Infrastrukturausstattung der ostdeutschen Bundesländer vorgestellt. Die Relevanz der Fragestellung für die politischen und wissenschaftlichen Akteure wird schon daran deutlich, dass allein im Jahr 2000 mehrere entsprechende Untersuchungen fertiggestellt wurden. In die Synopse wurden Untersuchungen einbezogen, die bis Anfang August 2000 abgeschlossen und deren Ergebnisse bis zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren.

Konkret waren dies

- das jährliche Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2.1),
- drei Teile eines größeren Auftrags der ostdeutschen Finanzminister zur Vorbereitung der kommenden Diskussion zur Weiterführung der Förderung für Ostdeutschland (2.2 bis 2.4),
- ein Bericht zur Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft (2.5),
- eine Analyse strategischer Faktoren zur Bestimmung der Entwicklung von Regionen (2.6) und

- eine Untersuchung der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2.7).

In den bisherigen Diskussionen zur Neugestaltung der Förderung für Ostdeutschland zeichnet sich ab, dass vom bisherigen Prinzip der einheitlichen Förderung für alle Regionen abgewichen werden wird, da schon jetzt zwischen den Regionen erhebliche Unterschiede in der Wirtschaftskraft festzustellen sind. Ein besonderes Gewicht wurde in der Synopse daher auf die regionalen Unterschiede innerhalb Ostdeutschlands gelegt, die momentan bereits zu verzeichnen sind bzw. die sich vermutlich bis zum Jahr 2004 herauskristallisieren werden.

2. Darstellung aktueller Untersuchungen

2.1 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck¹

Mit seinem jährlich erscheinenden Gutachten stellt der Sachverständigenrat seine Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland dar und gibt zu ausgewählten Problemen Handlungsempfehlungen an die Wirtschaftspolitik. Im Jahresgutachten 1999/2000 wurden inhaltlich zum ersten Mal aktuelle regionalwirtschaftliche Disparitäten in Ostdeutschland diskutiert. Mit Hilfe einer Clusteranalyse wurden Gruppen von ähnlich-strukturierten Regionen gebildet und auf mögliche Wachstumspole hin untersucht.

Die regionalen Disparitäten wurden in der Untersuchung in zwei Schritten ermittelt: In einem ersten Schritt wurde durch den Vergleich der wirtschaftlichen Leistung von einzelnen Regionen die Ausgangsthese untersucht, ob sich regionale Disparitäten in Ostdeutschland im Laufe der 90er Jahre herausgebildet haben. Als Indikator zur Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wurde dabei die Bruttowertschöpfung pro Einwohner verwendet.

In einem zweiten Schritt wurden die Regionen auf ihre Ausstattung mit Potenzialfaktoren untersucht, die als grundlegend für das Wachstum und die qualitative Entwicklung einer Region angesehen wurden. Als Potenzialfaktoren wurden die Produktionsfaktoren, die sektorale Wirtschaftsstruktur, die geographische Lage und der Verdichtungsgrad definiert (vgl. Tabelle 1).

Im Gutachten wurde davon ausgegangen, dass diese Faktoren weitgehend immobil sind, d.h. sie sind an die Region gebunden. Zudem passen sich diese Potenzialfaktoren nur langsam Veränderungen an, weswegen sie sich vor allem zur kurzfristigen Einschätzung von Regionen eignen. Als Untersuchungsregionen wurden die 67 Arbeitsmarktregionen² herangezogen. Von diesem Konzept wurde im Falle von Berlin abgewichen und die jeweils berlinnahen Kreise der Arbeitsmarktregion Berlin zugeordnet.

Die Untersuchung kam zu folgendem Ergebnis: die regionalen Disparitäten in bezug auf die Bruttowertschöpfung haben innerhalb Ostdeutschlands geringfügig abgenommen und sich dem westdeutschen Wert angenähert. Die Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland haben sich zwischen 1992 und 1996 erheblich vermindert, dennoch lag im Jahr 1996 der gewichtete Mittelwert der Bruttowertschöpfung in Westdeutschland mit 38.760,- DM noch deutlich über dem ostdeutschen Wert mit 24.899,- DM.

¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1999): Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahresgutachten 1999/2000, Wiesbaden

² Arbeitsmarktregionen sind die Diagnoseeinheiten der regionalen Strukturpolitik in Deutschland. Ein Zentrum wird mit seinem Umland zu einer regionalen Einheit zusammengefaßt.

Tabelle 1: In die Untersuchung eingeflossene Potenzialfaktoren

Potenzialfaktor	Indikatoren	Messung
Produktionsfaktoren	Humankapital	Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss an Einwohnern 1998
	Sachkapital – Infrastruktur – Private Wirtschaft	Kumulierte Investitionen 1990-1998 der Gemeinschaftsaufgabe (GA) "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
	Arbeit	Produktivität als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1996
Sektorale Wirtschaftsstruktur	Anteil Dienstleistungssektor	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungsbereich an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt 1998
Geographische Lage	Distanzindikator	Fahrzeiten zu den drei nächsten nationalen oder ausländischen Ballungszentren, gewichtet nach Beförderungsanteilen von Gütern im Eisenbahn- und Straßenverkehr 1997/98
Agglomeration	Industriedichte	Anzahl von Arbeitsplätzen in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus mit mehr als 20 Beschäftigten bezogen auf 1000 Einwohner 1998
	Spezialisierungskoeffizient	Konzentrationsmaß, das den Anteil der Beschäftigten einer Branche des Verarbeitenden Gewerbes in einer Arbeitsmarktreion ins Verhältnis setzt zu diesem Anteil in Deutschland, gewichtet entsprechend der jeweiligen Branchenanteile, 1998
	Bevölkerungsdichte	Einwohner je Quadratkilometer 1997
Quelle: Sachverständigenrat, 1999: 74ff., eigene Zusammenstellung		

Auch die Potenzialanalyse bestätigte die Annahme, dass zwischen den Regionen große Disparitäten vorhanden sind. Bei einem Ost-West-Vergleich fallen die Unterschiede aber nicht immer zu Ungunsten Ostdeutschlands aus. Einige ostdeutsche Regionen hätten hinsichtlich einzelner Potenzialfaktoren bereits zu westdeutschen Regionen aufgeschlossen bzw. diese überholt. So hätte z.B. Dresden als ostdeutsche Spitzenregion in Bezug auf den Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten die entsprechende westdeutsche Spitzenregion München bereits überholt.

Die Gutachter schlugen aufgrund der vorgefundenen Disparitäten eine regional differenzierte Politik vor. Um diese zu unterstützen, wurden durch eine Clusteranalyse Gruppen von Arbeitsmarktreionen gebildet, die sich durch eine große Ähnlichkeit innerhalb der Cluster und eine möglichst große Differenz zwischen den Clustern auszeichnen. Das Ergebnis waren die in Tabelle 2 aufgelisteten sieben Cluster.

Die Arbeitsmarktregionen des Clusters 2, d.h. die Städte Leipzig, Dresden, Halle/Saale, Jena, Erfurt, Chemnitz, Berlin, haben sich im Gegensatz zu den anderen Regionen zu Wachstumspolen entwickelt. Diese Regionen zeichnen sich besonders dadurch aus, dass sie schon zum Zeitpunkt der Vereinigung über eine gute Ausstattung mit Potenzialfaktoren verfügten und dass aktuell in diesen Agglomerationsräumen vielfache Verflechtungen zwischen Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen existieren.

Tabelle 2: Ergebnis der Clusteranalyse

Cluster 1: Arbeitsmarktregion Prenzlau	hohe gesamtwirtschaftliche Produktivität (Raffinerie Schwedt) landwirtschaftlich geprägt
Cluster 2: Agglomerationsregionen Berlin, Halle/Saale, Erfurt, Jena, Leipzig, Chemnitz, Dresden	höchste Wirtschaftsleistungen hoch produktiver Dienstleistungssektor niedriger Landwirtschaftsanteil gute Ausstattung mit Humankapital geringer Spezialisierungsgrad
Cluster 3: 23 Arbeitsmarktregionen (u.a. Wismar, Perleberg, Staßfurt, Gera, Saalfeld)	Wert fast aller Potenzialfaktoren nahe ost- deutschen Durchschnitt
Cluster 4: Greifswald, Stralsund, Bergen, Rostock	peripher gelegene Küstenstandorte
Cluster 5: 12 Arbeitsmarktregionen (u.a. Pasewalk, Eberswalde, Salzwedel, Stendal, Altenburg)	Mittelwerte der Potenzialfaktoren alle unter ostdeutschen Durchschnitt sehr geringe Humankapitalausstattung niedriger Anteil Dienstleistungssektor
Cluster 6: 10 Arbeitsmarktregionen mit industrieller Basis (u.a. Senftenberg, Naumburg, Eisenach, Sonneberg, Zwickau)	viele GA-Mittel
Cluster 7: 10 Arbeitsmarktregionen, 8 davon in Sachsen (u.a. Magdeburg, Dessau, Freiberg, Plauen, Bautzen)	überdurchschnittliche Förderung der Infra- struktur geringer Wert des Distanzindikators wegen der Nähe zu Leipzig/Dresden/Chemnitz
Quelle: Sachverständigenrat, 1999: 80 ff., eigene Zusammenstellung	

Die Gutachter plädierten dafür, dass die Wirtschaftspolitik vor allem die regionale Ausstattung mit Potenzialfaktoren (Tabelle 1) verbessern solle. Dabei solle nicht der regionale Ausgleich im Mittelpunkt stehen, vielmehr sollten Regionen mit bereits vorhandenen gut entwickelten Potenzialen gefördert werden, wie beispielsweise die Agglomerationsräume des Clusters 2. Dadurch würden sich die Agglomerationseffekte verstärken und Eigendynamiken entfalten, die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen und neue Wachstumspole entstehen. Erst wenn negative äußere Effekte die Auswirkungen der Eigendynamiken übertreffen würden, vergrößerte sich auch im Umland das wirtschaftliche Potenzial.

Die Entwicklung der Potenzialfaktoren könne nicht dauerhaft durch staatliche Hilfen für Unternehmen unterstützt werden, da diese zu Fehlallokationen führe. Der Staat solle statt dessen mit Investitionen arbeiten, die komplementär zu privaten Investitionen vergeben werden. Dadurch sollte etwa der Ausbau innovationsförderlicher Infrastruktur in Agglomerationsräumen, bspw. durch Technologietransferstellen, Technologie- und Gewerbezentren und Informationsstellen vorangetrieben werden. Zusätzlich könne durch weitere Deregulierungsmaßnahmen die Gründung innovativer Unternehmen stimuliert und existierenden Unternehmen neue Wachstumsmöglichkeiten eröffnet werden. Zudem solle durch Ideenwettbewerbe und Wettbewerbsprogramme ein innovatives Klima in einer Region erzeugt werden.

2.2 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Anlagevermögen der ostdeutschen Länder und Gemeinden - noch erheblicher Nachholbedarf³

Mit der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, veröffentlicht im Juni 2000, sollte im Auftrag der ostdeutschen Finanzminister die momentane Infrastrukturausstattung der Länder und Gemeinden untersucht und der zukünftige Nachholbedarf Ostdeutschlands abgeschätzt werden.

Methodisch erfasste die Untersuchung die Infrastrukturausstattung über das Anlagevermögen der Länder und Gemeinden, d.h. durch eine Aufnahme der Vermögensbestände durch Zugänge neuer Anlagen, Bauten, Ausrüstungen und durch Abgänge aus dem Bestand. Auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes wurde für die ostdeutschen Länder ein Ausgangsbestand des Anlagevermögens für 1990/91 berechnet. Darin wurde auch der qualitative Zustand der Ausstattung berücksichtigt. In den westdeutschen Ländern wurde dieser Ausgangsbestand schon vor einigen Jahren für das Jahr 1970 erhoben. Ausgehend von diesen Ausgangsbeständen wurde unter Berücksichtigung der staatlichen Investitionen der Wert der Infrastrukturausstattung auf die Jahre 1992 und 1999 bzw. in die Zukunft für das Jahr 2005 fortgeschrieben.

In der Tabelle 3 sind die berechneten Unterschiede in der Ausstattung der ost- bzw. westdeutschen Ländergruppen zusammengetragen.

Tabelle 3: Brutto-Anlagevermögen der Länder und Gemeinden,
alle Aufgabenbereiche

	Länder insgesamt = 100		
	1992	1999	2005
Flächenländer			
Westdeutsche Flächenländer	114,1	109,1	107,0
Geberländer	116,2	111,5	108,9
Empfängerländer	106,3	99,8	99,3
Ostdeutsche Länder	42,3	62,3	73,1
Stadtstaaten			
Bremen, Hamburg	128,8	122,8	117,9
Berlin	74,4	73,8	68,0
Länder zusammen	100,0	100,0	100,0
Geberländer: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein			
Empfängerländer: Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland			
Quelle: DIW, 2000: 368, gekürzte Darstellung			

³ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) (2000): Anlagevermögen der ostdeutschen Länder und Gemeinden - noch erheblicher Nachholbedarf, Wochenbericht 24/2000, Berlin

Ein unmittelbarer Vergleich der ostdeutschen Flächenländer mit den westdeutschen Empfängerländern ergab - ohne Beachtung der im unterschiedlichem Maße privatisierten Aufgabenbereiche kommunaler Gemeinschaftsdienste, Energie, Wasserwirtschaft, Dienstleistungen, Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grundvermögen und Sondervermögen - Ausstattungsunterschiede für das Jahr 1992 von 53% und für 1999 von 74% (Tabelle 4). D.h. der Wert des Brutto-Anlagevermögens in den ostdeutschen Flächenländern lag im Jahr 1999 auf einem Niveau von 74% des Wertes in den westdeutschen Empfängerländern. Bei den Stadtstaaten lag der entsprechende Wert von Berlin zu Bremen und Hamburg bei 73% (1992) und bei 75% (1999). Eine differenziertere Darstellung unterteilt die Ausstattung mit Anlagevermögen nach Aufgabenbereichen der Länder bzw. Gemeinden.

Tabelle 4: Brutto-Anlagevermögen nach Aufgabenbereichen und bezogen auf Einwohner

	Ostdeutsche Flächenländer in % finanzschwacher west- deutscher Flächenländer			Berlin in % von Bremen und Ham- burg		
	1992	1999	2005	1992	1999	2005
unter anderem:						
Schulen	45,9	60,3	68,4	57,8	61,8	58,6
Hochschulen/sonst. Forschung	46,4	74,9	94,8	139,0	146,6	138,6
Kultur	186,2	220,3	226,0	205,0	164,7	147,9
Soziale Sicherung	139,6	146,6	142,8	113,3	116,1	119,0
Krankenanstalten	81,2	131,1	146,4	96,5	97,3	89,8
Verkehr- und Nachrichtenwesen	45,0	53,4	62,6	48,4	48,5	47,3
darunter: Straßen	38,1	49,2	59,1	78,8	82,1	82,0
Zusammen	52,9	74,3	85,8	73,4	75,2	71,2
Komm. Gemeinschaftsdienste	6,1	23,5	30,6	18,5	19,0	19,8
Energie, Wasserwirtschaft, Dienstleistungen	11,3	65,1	81,5	8,7	8,4	7,6
Wirtschaftsunternehmen	3,3	26,8	33,0	57,0	60,9	59,5
Allg. Grundvermögen, Sonder- vermögen	1,4	50,1	69,7	103,2	105,0	105,5
Alle Aufgabenbereiche insgesamt	39,8	62,4	73,6	57,8	60,0	57,6
Geberländer: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein Empfängerländer: Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland						
Quelle: DIW, 2000: 370, gekürzte Darstellung						

Die Tabelle 4 zeigt, dass vor allem in den quantitativ bedeutsamen Bereichen Verkehr, Hochschulen und Schulen pro Einwohner ein großer Nachholbedarf bei den

ostdeutschen Ländern besteht. Allerdings zeigt sich im Bereich Hochschule/sonstige Forschung für das Jahr 2005 bei einer Berechnung pro Student (Tabelle 5) eine etwas bessere Ausstattung der ostdeutschen Flächenländer, im Bereich Verkehr für das Jahr 2005 bei einer Berechnung DM pro Fläche dagegen eine noch schlechtere Infrastrukturausstattung als in den jeweiligen westdeutschen Vergleichsländergruppen.

Tabelle 5: Brutto-Anlagevermögen für ausgewählte Aufgabenbereiche

	Ostdeutsche Flächenländer in % westdeutscher Flächenländer			Berlin in % von Bremen und Hamburg		
	1992	1999	2005	1992	1999	2005
Hochschulen und sonstige Forschung DM je Student	91	94	121	126	146	138
Straßen DM je Fläche (km ²)	19	23	29	k.A.	k.A.	k.A.
Quelle: DIW, 2000: 372, eigene Berechnungen						

Tabelle 6: Infrastruktureller Nachholbedarf ostdeutscher Länder und Gemeinden

	1999	2005
	Mrd. DM	Mrd. DM
Enge Abgrenzung der Aufgabenbereiche		
Ostdeutsche Flächenländer gegenüber westdeutschen Flächenländern	101,8	77,9
gegenüber finanzschwachen westdt. Flächenländern	92,3	76,1
Berlin gegenüber Bremen und Hamburg	23,4	26,7
Zusammen gegenüber westdeutschen Flächenländern	125,1	104,6
gegenüber finanzschwachen westdt. Flächenländern	115,6	102,8
Alle Aufgabenbereiche		
Ostdeutsche Flächenländer gegenüber westdeutschen Flächenländern	198,3	168,2
gegenüber finanzschwachen westdt. Flächenländern	169,6	145,9
Berlin gegenüber Bremen und Hamburg	52,5	56,5
Zusammen gegenüber westdeutschen Flächenländern	250,8	224,7
gegenüber finanzschwachen westdt. Flächenländern	222,0	202,5
Quelle: DIW, 2000: 373		

Für die Schätzung des infrastrukturellen Nachholbedarfs der ostdeutschen Länder im Jahr 2005 wurde in der Studie von der Annahme ausgegangen, dass bei ausgeglichenen Haushalten von Ländern und Gemeinden nur die Mittel investiert werden können, die als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben verbleiben. Die Einnahmen ergaben sich dabei aus den Investitionszuweisungen der Länder an die Gemeinden, die Ausgaben wurden an die Entwicklung in der Gesamtwirtschaft gekoppelt u.a. für Sozialleistungen und Tariferhöhungen.

Für 2005 ergab sich für die ostdeutschen Flächenländer bei einer engen Abgrenzung der Aufgabenbereiche ein infrastruktureller Nachholbedarf gegenüber den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern von 76,1 Mrd. DM, bei Beachtung aller Aufgabenbereiche von 145,9 Mrd. DM. Die entsprechenden Werte lagen für Berlin gegenüber Bremen und Hamburg bei 26,7 Mrd. DM bzw. 56,5 Mrd. DM. Zusammen ergab sich daraus ein Nachholbedarf von 102,8 Mrd. DM bei einer engen Abgrenzung der Aufgabenbereiche und 202,4 Mrd. DM beim Einbezug aller Aufgabenbereiche. Der Kapitalstock der ostdeutschen Flächenländer würde im Jahr 2005 dann fast 86% des Brutto-Anlagevermögens der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer und knapp 82% des Anlagevermögens der finanzstarken Flächenländer erreichen.

2.3 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht⁴

Das Ziel des vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag der ostdeutschen Finanzminister erstellten Gutachtens lag darin, die voraussichtlich nach 2004 existierenden Infrastrukturdisparitäten zwischen West- und Ostdeutschland zu prognostizieren.

In dem Gutachten wurde eine produktionsbedingte und eine konvergenzbedingte Infrastrukturlücke berechnet, die die Ausstattungslücke jeweils unter unterschiedlichen Annahmen (s.u.) quantifiziert. In einem weiteren Teil wurden ausgewählte Bereiche der Infrastrukturausstattung besonders herausgestellt und ihre regionale Verteilung diskutiert.

Bei der Bestimmung von zukünftigen Disparitäten in der Infrastrukturausstattung wurde im ersten Schritt der Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung anhand des Indikators Bruttoinlandprodukt prognostiziert. Dies geschah auf der Basis des RWI-Strukturmodells, das die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts u.a. aufgrund der demographischen Entwicklung, der wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen und der weltwirtschaftlichen Entwicklung abschätzte. Das Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (bis 2005) wurde anschließend genutzt, um den infrastrukturellen Nachholbedarf Ostdeutschlands zu berechnen. Dabei wurden zwei Wege beschritten:

- Die produktionsbedingte Infrastrukturlücke ergab sich dabei aus der Differenz zwischen der im Jahr 2005 vermutlich vorhandenen Infrastruktur aufgrund der jetzt absehbaren öffentlichen Investitionstätigkeit und der Infrastruktur, die zur Produktion des angenommenen Bruttoinlandprodukts des Jahres 2005 unter ostdeutschen Produktionsverhältnissen notwendig wäre.
- Die konvergenzbedingte Infrastrukturlücke ergab sich dabei aus der Differenz zwischen der Infrastruktur, die zur Produktion des angenommenen ostdeutschen Bruttoinlandprodukts des Jahres 2005 unter ostdeutschen Produktionsverhältnissen notwendig wäre, und der Infrastruktur, die nötig wäre, um in Ostdeutschland das westdeutsche Bruttoinlandprodukt des Jahres 2005 pro Einwohner zu erreichen. Diese Lücke würde maximal, wenn dies unter jetzigen ostdeutschen Produktionsverhältnissen⁵ gelänge, sie würde minimal, wenn dies mit den westdeutschen Produktionsverhältnissen gelänge.

D.h. die produktionsbedingte Infrastrukturlücke berücksichtigt die Notwendigkeiten der Produktion, die konvergenzbedingte Infrastrukturlücke berücksichtigt zusätzlich das Ziel der Konvergenz, also der Angleichung des Niveaus der Wirtschaftstätigkeit (BIP je Einwohner) zwischen Ost- und Westdeutschland.

⁴ Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (2000): Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht, Essen

⁵ Die Effizienz der ost- und westdeutschen Produktionsverhältnisse wurde über den Infrastrukturkapitalkoeffizienten erfaßt, welcher als Kapitalaufwand je Outputeinheit für Ost- bzw. Westdeutschland gemessen wurde.

Unter diesen Annahmen wurde für Ostdeutschland ein Bruttoinlandsprodukt von 372 Mrd. DM für das Jahr 2003 und von 407 Mrd. DM für 2005 prognostiziert; dies würde einer jährlichen Wachstumsrate des BIP von 4,5 bzw. 4,6% entsprechen. Im Vergleich dazu wurde für das frühere Bundesgebiet eine jährliche Steigerungsrate des BIP's von rund 2,0% und für Deutschland insgesamt von rund 2,2% unterstellt.

Daraus ergaben sich folgende infrastrukturelle Nachholbedarfe:

Tabelle 7: Infrastrukturelle Nachholbedarfe in 2005

Produktionsbedingte Infrastrukturlücke	
Bruttoinlandsprodukt 2005	407 Mrd. DM
Durchschnittl. Infrastrukturkapitalkoeffizient bis 2005	0,82
Benötigter Infrastrukturkapitalstock 2005	335,8 Mrd. DM
daraus folgt: jährlicher Investitionsbedarf für die Jahre 1996 bis 2005 von 27 Mrd. DM real bzw. von 33 Mrd. DM nominal (incl. Abgänge 6%)	
Konvergenzbedingte Infrastrukturlücke	
Westdeutscher Infrastrukturkapitalkoeffizient	0,64
daraus folgend: Infrastruktur­lücke gegenüber Westdeutschland 2005	140 Mrd. DM
Ostdeutscher Infrastrukturkapitalkoeffizient	0,82
daraus folgend: Infrastruktur­lücke gegenüber Westdeutschland 2005	275 Mrd. DM
Annahme:	Verminderung der Infrastrukturlücke ab 1995 um 1,2 % p.a.
daraus folgt:	Beseitigung der Lücke um 2030.
Quelle: RWI, 2000: 62ff., eigene Zusammenstellung	

In einem weiteren Teil des Gutachtens wurden regionale Disparitäten in der Infrastrukturausstattung im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur bestimmt. Dieses geschah für die Trinkwasserversorgung, die Abwasserbeseitigung und den Verkehr. Denn im Gegensatz zu Westdeutschland komme diesen Bereichen als Standortwahl­faktoren in Ostdeutschland eine große Bedeutung zu.

Trinkwasserversorgung: Der Anschlußgrad der ostdeutschen Bevölkerung erreichte im Jahr 1995 insgesamt 97,5% (Westdeutschland 98,8%), wobei die Werte für die einzelnen Bundesländer zwischen 92,9% in Brandenburg und 99,7% in Thüringen schwankten. Die Wasserverluste in Prozent der Wasserabgabe lagen 1995 zwischen 15,3% in Sachsen, 37,2% in Thüringen und in Ostdeutschland insgesamt bei 23,5%, in Westdeutschland bei 7,8%. Diese Bestandsaufnahme ergab ein Nachholbedarf im Bereich der Trinkwasserversorgung von insgesamt 26 Mrd. DM.

Abwasserbeseitigung: Der Anschlußgrad der Bevölkerung in Ostdeutschland betrug 1995 77,3% (u.a. Brandenburg 61,9%, Thüringen 89,4%) und in Westdeutschland 95,2%. In bezug auf die Gemeindegrößenklassen wurde für das Jahr 1997 deutlich, dass sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland der Anschlußgrad mit der Gemein-

degröße zunahm. Gerade bei kleineren Gemeinden bestehe aber erhebliche Unterschiede im Anschlußgrad. Daraus folge ein Nachholbedarf ab 2005 von mindestens 20, eher 50 Mrd. DM.

Verkehr: Im Vergleich der Netzdichten überörtlicher Straßen (Streckenlänge je Quadratkilometer) für das Jahr 1998 war zu erkennen, dass die ostdeutschen Länder bei Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen z.T. erheblich schlechter ausgestattet waren als die westdeutschen Bundesländer. Dies schlug sich unmittelbar in der Erreichbarkeit der Regionen nieder, wie der Tabelle 8 zu entnehmen ist.

Tabelle 8: Erreichbarkeit ostdeutscher Regionen

	Reisezeit in Minuten vom jeweiligen Kreishauptort zu			
	Terminals des kombinierten Ladungsverkehr	41 europäischen Zielen im Luftverkehr	den 3 nächsten Agglomerationen im Bahnverkehr	den 3 nächsten Agglomerationen im PKW-Verkehr
Neue Länder	47	318	134	111
Brandenbg.	66	302	116	105
Meck.-Vor.	57	348	182	160
Sachsen	36	314	123	91
Sachs.-An.	46	314	111	101
Thüringen	44	320	152	118
Alte Länder	30	262	97	84

Quelle: RWI, 2000: 92, gekürzte Darstellung

Um die gleiche Netzdichten wie in Westdeutschland zu erreichen, ergab sich für den Straßenverkehr ein Nachholbedarf von 53,5 Mrd. DM, davon 20,5 Mrd. DM für Autobahnen und 15,6 Mrd. DM für das Kreisstraßennetz. Der Nachholbedarf läge bei 42,5 Mrd. DM, um gleiche Netzdichte wie in den finanzschwachen West-Bundesländern mit etwa gleicher Bevölkerungsdichte zu erreichen, davon 16,1 Mrd. DM für Autobahnen und 18 Mrd. DM für Kreisstraßen.

Neben der wirtschaftsnahen Infrastruktur kommt auch der sozialen Infrastruktur eine große Bedeutung im wirtschaftlichen Wachstumsprozess zu. Im Rahmen des Gutachtens wurden die Bereiche Gesundheits- und Bildungswesen näher untersucht, die sich von den wirtschaftsnahen Funktionen vor allem dadurch unterscheiden, dass die Adressaten der von ihnen angebotenen Dienstleistungen in der Regel private Haushalte sind.

Gesundheitswesen: In der gesundheitlichen Versorgung (z.B. Apotheken, Ärzte, Geräte, Betten in stationären Einrichtungen) zeigten sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Trotzdem sind Unterschiede bei der Sterblichkeit - z.B. deutlich mehr Sterbefälle durch Kfz-Unfälle und Leberkrankheiten in Ostdeutschland - festzustellen. Rückschlüsse auf die Qualität der Gesundheitsversorgung sind aber schwierig, da eine Vielzahl anderer Einflüsse, z.B. Konsumge-

wohnheiten, zu beachten wären. Einzig in der Verbesserung des baulichen Zustands der Krankenhäuser liegt offensichtlich ein Handlungsbedarf vor.

Bildungswesen: Im Bereich der Schulen ist aufgrund der ehemals hohen Schülerzahlen die personelle Ausstattung recht gut, was sich aufgrund der weiter sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren in freien Kapazitäten nieder schlagen werde. In der materiellen Ausstattung der Schulen, etwa mit Computern und Internetzugängen, sind Mängel zu erkennen. Im Hochschulbereich ist der Bedarf an Studienplätzen abgedeckt, problematisch ist die Konzentration der Studienplätze und der Hochschulen auf die Agglomerationsräume. Gleichzeitig liegt das Ausbildungsplatzangebot in den neuen Ländern erheblich unter dem westdeutschen Angebot.

2.4 Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Simulationsrechnung zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer⁶

Die Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Kürzung von Transferzahlungen für Ostdeutschland anhand von makroökonomischen Simulationsrechnungen stand im Mittelpunkt des Gutachtens, das im Mai 2000 am Institut für Wirtschaftsforschung Halle für die Finanzminister der ostdeutschen Länder fertiggestellt und veröffentlicht wurde. Zudem wurden in einem weiteren Teil des Gutachtens die Auswirkungen reduzierter Transferleistungen auf die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe eingeschätzt.

Im Hauptteil des Gutachtens wurden unter der Annahme, dass die Transferzahlungen in den Jahren von 2005 bis 2010 reduziert werden, die Auswirkungen der alternativen Verwendungen der eingesparten Mittel untersucht. Dabei wurden insgesamt 4 Szenarien betrachtet, die mit einem Referenzszenario verglichen wurden.

Zur Bestimmung des Referenzszenarios wurde zunächst die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, gemessen als Produktivität je Arbeitsstunde für West- und Ostdeutschland, im Zeitraum bis 2010 unter unveränderten Rahmenbedingungen prognostiziert. Dazu wurde im Gutachten unterstellt, dass die ostdeutsche Produktivität bis zum Jahr 2005 keine weitere nennenswerte Annäherung an die westdeutsche Produktivität vollziehen wird. Erst ab dem Jahr 2005 wird eine langsame Annäherung angenommen, die bis zum Jahr 2010 knapp 65 % des Westniveaus erreichen wird. Auf der Grundlage dieser Annahme wurde anschließend das Referenzszenario für den Zeitraum bis 2010 abgeschätzt. Hierbei wurde davon ausgegangen, dass nach 1999 keine wirtschaftspolitischen Korrekturen vorgenommen werden, d.h. die bisherigen Transferleistungen bis zum Jahr 2010 weitergeführt werden und lediglich die Wirtschaftsförderung in den Jahren 2001 und 2003 um jeweils eine Mrd. DM gekürzt wird.

Tabelle 9: Referenzszenario, Werte für Ostdeutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Reales Bruttoinlandsprodukt in Mrd. DM	391	407	422	436	454	472
Abhängige Beschäftigte in 1.000 Personen	5.718	5.684	5.607	5.532	5.479	5.425
Sozialpolitisch motivierte Ausgaben in Mrd. DM	27,2	27,0	26,9	27,6	28,4	28,7
Quelle: IWH a, 2000: 25ff., eigene Zusammenstellung						

⁶ Ragnitz, Joachim; Dreger, Christian; Komar, Walter; Müller, Gerals (2000): Simulationsrechnung zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (Hg.), Sonderheft 2/2000, Halle

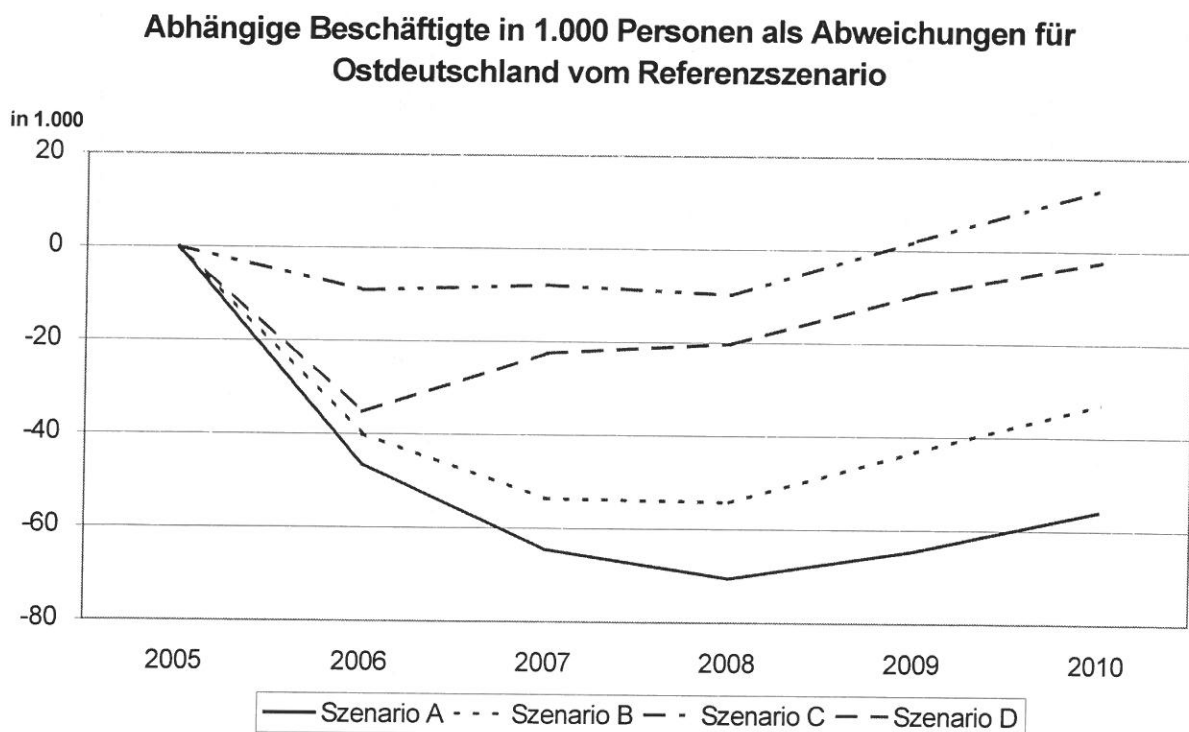
Gegen diese Status-Quo-Entwicklung wurden im Gutachten vier weitere Szenarien gesetzt, welche sich in der Verwendung der eingesparten Mittel unterscheiden. Bei allen Szenarien wurde von der Annahme ausgegangen, dass die Transferleistungen jeweils um 18 Mrd. DM reduziert werden.

Die durch diese Verringerung eingesparten Mittel werden in den Szenarien folgendermaßen verwandt:

- Szenario A: Abbau der öffentlichen Verschuldung
- Szenario B: Einsatz der Mittel für Umschichtungen im Staatshaushalt
- Szenario C: Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung
- Szenario D: Ermäßigung der Lohnsteuer

Für diese vier Szenarien wurden in der Untersuchung u.a. die Entwicklung der Anzahl abhängiger Beschäftigter, des realen Bruttoinlandprodukts und der Höhe der sozialpolitisch motivierten Ausgaben bis 2010 prognostiziert. Die Diagramme 1 bis 3 halten die Entwicklungen als Abweichung zu den Ergebnissen des Referenzszenarios (Tabelle 9) fest.

Diagramm 1:



Quelle: IWH a, 2000: 36 ff., eigene Zusammenstellung, geglättete Werte.

Diagramm 2:

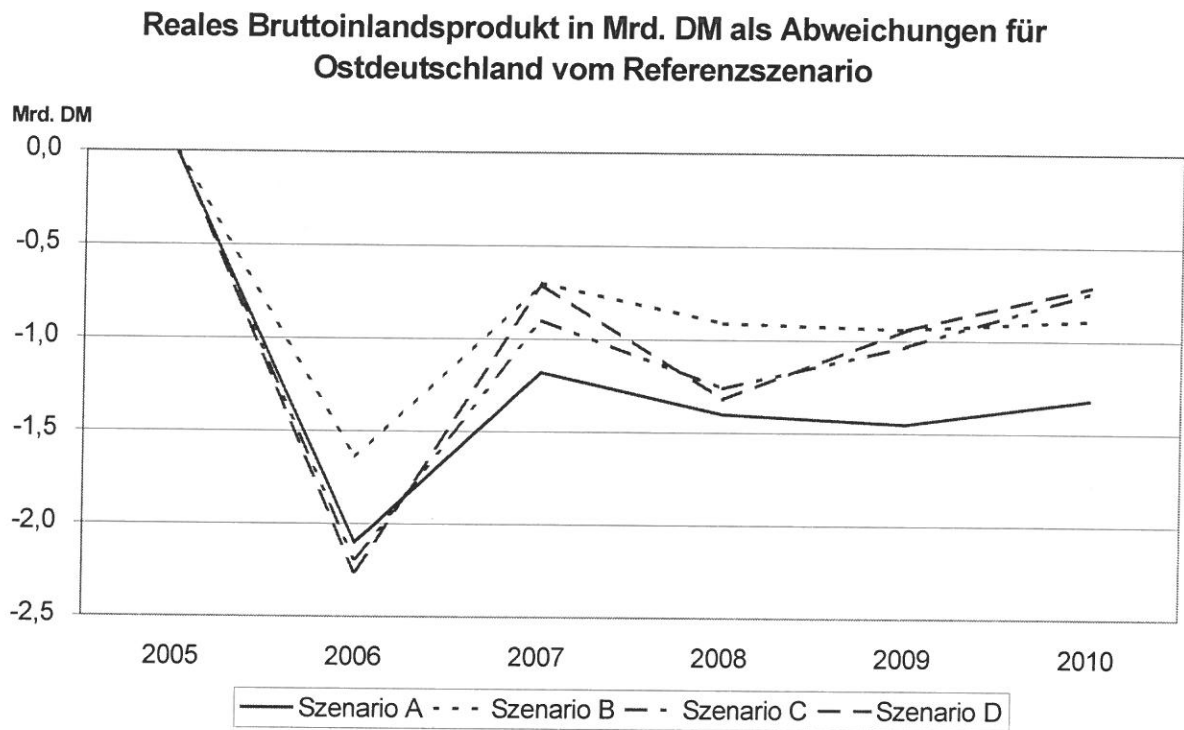


Diagramm 3:

Anhand der Diagramme sind die Auswirkungen der unterschiedlichen Szenarien gegenüber den Ergebnissen des Referenzszenarios deutlich zu erkennen: Die Anzahl der abhängig beschäftigten Personen fällt in allen vier Szenarien, lediglich das Szenario C weist einen relativ geringeren Einbruch auf und erreicht als einziges Szenario positive Beschäftigungseffekte im Jahr 2010. Das Bruttoinlandprodukt weist für das Jahr 2006 in allen vier Szenarien drastische Rückgänge auf, während sich diese Rückgänge in den Szenarien B, C, und D bis zum Jahr 2010 auf unter 1% reduzieren, verbleiben sie im Szenario A bei etwa 1,3 %. Die sozialpolitisch motivierten Ausgaben steigen in allen vier Szenarien nach 2005 erheblich an, erreichen aber in den Szenarien A, B und D für die Jahre 2009/2010 wieder eine Annäherung an das Referenzszenario, lediglich im Szenario C wird ein Abbau der sozialpolitisch motivierten Ausgaben um etwa 0,5% bis zum Jahr 2010 prognostiziert.

Die Gutachter zogen folgende Schlüsse aus den Ergebnissen der Szenarien:

- Eine Senkung der Transferleistungen verringert in allen Szenarien zunächst die Produktion und die Beschäftigung.
- Bis 2010 fallen allerdings die Beschäftigungseinbußen in Ostdeutschland um so geringer aus, um so mehr das eingesparte Geld für die Verringerung der Arbeitskosten, etwa durch eine Reduktion der Lohnnebenkosten, eingesetzt wird.
- Der Konvergenzprozess, gemessen anhand der relativen Arbeitsstundenproduktivität, wird durch die Einstellung der Transferleistungen wenig beeinflusst, da Produktion und Beschäftigung jeweils ähnlich auf eine Kürzung der Transferleistungen reagieren.

In einem weiteren Teil des Gutachtens wurden die Auswirkungen reduzierter Investitionen in den Ausbau ostdeutscher Bundesfernstraßen auf die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe abgeschätzt. Diese Auswirkungen können sich einerseits dadurch ergeben, dass durch öffentlich bereitgestellte Infrastruktur die Produktionskapazitäten von Unternehmen ausgeweitet werden können, andererseits dadurch dass sich für Unternehmen Kosten einsparen lassen. Die Schätzungen wurden anhand der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion vorgenommen.

Tabelle 10: Auswirkung reduzierter Investitionen in Bundesfernstraßen auf die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands

	Reduzierung der Investitionen des Bundesverkehrswegeplans 1991 um			
	10 %	20 %	25 %	33 %
	Reduzierung der Wertschöpfung um:			
Jahr 2000 in %	0,3	0,6	0,7	1,0
Jahr 2004 in %	1,1	2,3	3,0	4,1
Jahr 2010 in %	1,9	4,0	5,1	7,3

Quelle: IWH a, 2000: 70

2.5 Gemeinschaftsgutachten: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland⁷

Mit diesem Bericht zur Beobachtung des wirtschaftlichen Aufbauprozesses in Ostdeutschland lieferten die drei bearbeitenden Institute eine Beschreibung des von der ostdeutschen Wirtschaft bereits zurückgelegten Weges und der bestehenden Fortschritte und Defizite. Bezogen auf die Synopse erschienen die zwei Schwerpunkte "Erneuerung der wirtschaftsnahen Infrastruktur" und "Regionale Kompetenzzentren" des Berichts von Bedeutung.

Auf Basis von Befragungsergebnissen ostdeutscher Unternehmen wurde diskutiert, dass ostdeutsche Unternehmen den Infrastrukturdefiziten im Verkehrsbereich (Ausbau von überregionalen Straßen 56%, Instandsetzung von Regional- und Gemeindestraßen 42%, Neubau von Regional- und Gemeindestraßen 22%) höchste Priorität einräumen. Weniger wichtig werden Abwasser- bzw. Abfallentsorgung, Gewerbegebiete und Energie- bzw. Wasserversorgung und "weiche" Standortfaktoren (soziale Einrichtungen, Wohnungsbau/Stadterneuerung, Freizeiteinrichtungen, Schulen) eingeschätzt. In einer weiteren Befragung von ostdeutschen Kommunen ergab sich eine ähnliche Rangfolge, allerdings wurden die Infrastrukturdefizite in den Bereichen Schulen und Abwasser- bzw. Abfallentsorgung als wichtiger eingeschätzt.

Für die Bereiche Verkehrswege und Entsorgung wurden im Bericht Infrastrukturausstattungen Ostdeutschlands geschätzt. Im Bereich Verkehrswege wurden dabei vor allem drei Problembereiche gesehen:

- **Neubau Bundesfernstraßen:** Auch wenn Ende 1998 etwa 30% des geplanten Streckennetzes fertiggestellt und weitere 25% im Bau waren, ergaben sich noch erhebliche Beeinträchtigungen, besonders auf Verbindungen zwischen Westdeutschland und den ostdeutschen Ballungszentren.
- **Fahrzeiten zum nächsten Anschlußpunkten des überregionalen Verkehrsnetzes:** Zu Autobahnen, IC-Bahnhöfen, Umschlagbahnhöfen des kombinierten Ladungsverkehrs und zu internationalen Flughäfen ergaben sich in Ostdeutschland z.T. erheblich längere Fahrzeiten als in Westdeutschland.
- **Fehlende Ortsumgehungen:** Am Beispiel Sachsen-Anhalts (erst 23% des vorrangigen Bedarfs von Ortsumgehungen sind für den Verkehr freigegeben, 11% im Bau) wurde herausgestellt, dass der zusätzliche Durchgangsverkehr in den Städten zu großen Problemen (hohe Abnutzung, Staugefahr, ...) führt.

Aus dieser Bestandsaufnahme wurde im Bericht gefolgert, dass sich die Bedingungen für den Fernverkehr im Vergleich zu Westdeutschland noch nicht so bald ändern werden. Daher wäre eine vorzeitige Einschränkung der Infrastrukturausgaben in den neuen Ländern verfehlt.

⁷ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1999): Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 19. Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge 346/347, Kiel

Bei der Ausstattung mit Entsorgungsinfrastruktur waren die Kommunen einerseits Anfang 1997 zu 39 % noch nicht entsprechend einer ab 1.1.1999 geltenden EU-Richtlinie mit Kläranlagen ausgestattet, andererseits hatten 49% der Kommunen mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern im Vergleich zu Westdeutschland höhere Anlagenkapazitäten aufgebaut. Insgesamt lag das Anschlussniveau noch deutlich unter dem Westdeutschlands und unter den Vorgaben aus entsprechenden EU-Richtlinien, so dass noch erhebliche Investitionen nötig sind.

Unter Beachtung der seit 1993 sinkenden Entsorgungsmengen (weniger Abfälle aus Abbrucharbeiten, zunehmende Verwertung von Abfällen), so sind diese zwischen 1994 und 1996 um etwa ein Viertel zurückgegangen, sind keine Engpässe bei der Deponielagerung zu erwarten.

Im Bericht wird der Entwicklung von regionalen Kompetenzzentren besondere Beachtung geschenkt, da diesen als Ausgangspunkte der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region eine große Rolle zukäme.

Anhand der drei Regionen Berlin, Cottbus und Dresden, welche in ihren Strukturen sehr unterschiedlich, gleichzeitig aber für Ostdeutschland auch typisch sind, wurden beispielhaft die Verflechtungen innerhalb der Regionen untersucht.

- Berlin und sein unmittelbares Brandenburger Umland (Speckgürtel) bietet Ansätze von Kompetenzzentren in den Bereichen Verkehrstechnik, Medizintechnik, Biotechnik und in der Medien- und Informationstechnik, wobei die größte Rolle die Verkehrstechnik spielt. Empfohlen wird der zügige Ausbau des geplanten Flughafens Berlin-Brandenburg International, da dieser ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung überregional tätiger Unternehmen sei.
- In der Region Cottbus ergeben sich aufgrund der ehemaligen Monostruktur im Bereich Kohle und Energieerzeugung und deren weitgehenden Zusammenbruch seit der Wende große Probleme, z.B. im Bereich der Arbeitslosigkeit. Bisher scheint es nur unzureichend gelungen zu sein, die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Energiewirtschaft zu verringern.
- Die Region Dresden war schon zu DDR-Zeiten ein wichtiger Standort der Elektrotechnik- und Elektronikbranche, dieser Schwerpunkt wurde auch nach der Wende durch die Ansiedlung zweier Großinvestoren gestärkt. Für den Ausbau von Netzwerkbeziehungen im Bereich Mikroelektronik und in anderen Bereichen ist ein Potenzial vorhanden.

Im Bericht wird zudem aufgeführt, dass der Aufbau von regionalen Kompetenzzentren und Netzwerken erschwert wird durch Defizite der ostdeutschen Unternehmen in den Bereichen Kooperation, Kundenorientierung und organisatorische Fähigkeiten.

Entgegen der Annahme der bisherigen Wirtschaftspolitik, dass sich Netzwerke von oben anstiften lassen, wird im Bericht empfohlen, vielmehr durch die Wirtschaftspolitik die notwendigen Rahmenbedingungen durch den Ausbau der regionalen Infrastruktur bereitzustellen, um eine Netzwerkinitiierung von unten zu ermöglichen.

2.6 Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich⁸

Das Ziel dieser im Februar 2000 veröffentlichten Untersuchung lag in der Bestimmung von regionalen Disparitäten im ostdeutschen Wirtschaftsraum für die Zeit nach der politischen Wende und in der Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der Regionen. Das Interesse an den regionalen Unterschieden beruht darauf, möglicherweise Hinweise auf strategische Faktoren für die Entwicklung von Regionen zu erlangen und zudem Einschätzungen über (effektive) Förderungsinstrumente und zu fördernde Regionen zu erhalten.

In der Untersuchung wurde die regionale Differenzierung auf drei Ebenen bestimmt:

- auf Ebene der Bundesländer, da 1. der Wettbewerb der Regionen in Deutschland meist ein Wettbewerb der Länder ist, 2. die Länder in besonderem Maße Verantwortung tragen für die regionalpolitische Steuerung im Rahmen von Bundes- oder EU-Programmen und 3. für die Länder aktuelle Daten vorliegen. Berlin wurde in die Untersuchung nicht einbezogen, weil der Westteil Berlins den alten Ländern hätte zugeordnet werden müssen, diese Trennung aber häufig nicht möglich war, da nur gesamtberliner Daten vorlagen.
- auf der Kreisebene, um die räumlichen Unterschiede/Gefälle innerhalb der Länder zu erfassen. Daher wurden die 112 Landkreise und kreisfreien Städte mit Hilfe einer Clusteranalyse in vier Gruppen zusammengefaßt.
- auf der Ebene der größeren kreisfreien Städte: weil der Wettbewerb der Großstädte in der Öffentlichkeit besondere Beachtung fände.

Die Autoren stellten heraus, dass regionale Differenzierungen idealerweise durch regionale Wohlfahrtsunterschiede abgebildet werden. Diese lassen sich aber nicht unmittelbar, sondern nur mit Hilfe eines Indikatorensystems messen (siehe Tabelle 11). In der Untersuchung wurden zwei Arten von Indikatoren unterschieden: 1. Indikatoren, mit deren Hilfe Aussagen über die derzeitige wirtschaftliche Situation einer Region gemacht werden können; 2. Indikatoren, die Aussagen über die weitere Entwicklung einer Region ermöglichen.

⁸ Barjak, Franz; Franz, Peter; Heimpold, Gerhard; Rosenfeld, Martin T.W. (2000): Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich, hrsg.v. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Wirtschaft im Wandel, Heft 2, Halle

Tabelle 11: Indikatoren zur Beschreibung der regionalwirtschaftlichen Situation

Komponente regionaler Wirtschaftsentwicklung	Indikator
Beschreibung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation einer Region	
Wohlstand	Bruttoinlandsprodukt Arbeitslosenquote Unterbeschäftigungsquote Wanderungssaldo
Beschreibung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung einer Region	
Humankapital	Hochschulabsolventenbesatz Beschäftigte in humankapitalintensiven Berufen Erwerbstätigenquote Industrie-Bruttolohn
Privates Sachkapital	Industrieinvestitionen Bruttoanlageninvestitionen Gewerbesteuerkraft
Öffentliches Sachkapital	Wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen Sozialhilfequote
Technischer Fortschritt	Patentanmeldungen
Unternehmerische Initiative	Nettogewerbeanmeldungen Mittelstandsorientierte Kreditzusagen
Modernität der Produktionsstruktur	Dienstleistungsbesatz Besatz mit unternehmensorientierten Dienstleistungen
Produktivität	Bruttowertschöpfung Industrieumsatz
Industrielle Basis	Industriebesatz Spezialisierungsgrad der Industrie
Quelle: IWH b, 2000: 34f., gekürzte Zusammenstellung	

In der Auswertung der insgesamt 22 Indikatoren für die fünf ostdeutschen Länder wurde zudem noch unterteilt in jahresdurchschnittliche Werte, aktuellste Werte und die Veränderung zwischen dem jüngsten und dem frühesten Wert, so dass für jedes ostdeutsche Bundesland insgesamt Ergebnisse für 66 Indikatoren vorlagen. In einer Zusammenfassung dieser Ergebnisse wurde jedem Bundesland für den jeweils besten und den schlechtesten Wert im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern eine positive bzw. eine negative Nennung zugewiesen. Die Tabelle 12 zeigt das Ergebnis dieser Auswertung: Bezogen auf die aktuelle wirtschaftliche Situation vereint Brandenburg 42% der positiven Nennungen und Sachsen-Anhalt 67% aller negativen Nennungen auf sich. Im Bereich der Indikatoren, die eine Aussage über die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten machen, hat Sachsen 28 % der positiven und Mecklenburg-Vorpommern 28% der negativen Nennungen. Zu beachten ist, dass für die Beschreibung der zukünftigen wirtschaftlichen Situation erheblich mehr Indikatoren eingesetzt und ausgewertet wurden, als für die Beschreibung der aktuellen wirtschaftlichen Situation (18 zu 4 Indikatoren).

Tabelle 12: Verteilung der Ergebnisse der Indikatorenauswertung für die ostdeutschen Flächenländer

	Brandenb.	Me.-Vorp.	Sachsen	Sach.-An.	Thüringen
Aktuelle wirtschaftliche Situation					
Anteil positiver Nennungen	42 %	0 %	25 %	0 %	33 %
Anteil negativ. Nennungen	8 %	17 %	0 %	67 %	8 %
Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven					
Anteil positiver Nennungen	20 %	17 %	28 %	13 %	19 %
Anteil negativ. Nennungen	17 %	28 %	15 %	13 %	24 %
Quelle: IWH b, 2000: 39, eigene Zusammenstellung und Berechnung					

In der Untersuchung wurden diese Ergebnisse nicht weiter ausgewertet, d.h. es wurde keine Gesamteinschätzung der derzeitigen oder zukünftigen wirtschaftlichen Situation der Länder vorgenommen, da es nach Meinung der Autoren für eine Gewichtung der Indikatoren keine wissenschaftliche Grundlage gebe.

Im Ost-West-Vergleich sind Differenzierungen zwischen den westdeutschen Flächenländern meist größer als zwischen den ostdeutschen Ländern. Lediglich bezogen auf die Industrie-Bruttolöhne, die Industrieinvestitionen und die Nettogewerbeanmeldungen gebe es zwischen den ostdeutschen Ländern größere Differenzen.

In die regionale Auswertung auf Basis der Stadt- und Landkreise floss eine Auswahl der oben beschriebenen Indikatoren⁹ ein. Für die Landkreise und kreisfreien Städte wurden durch das Verfahren der Clusteranalyse vier Gruppen bzw. Cluster gebildet, die Landkreise bzw. kreisfreie Städte mit ähnlichen Ausprägungen zusammenfassen.

In der Verteilung der Kreise auf die Cluster läßt sich kein Muster, etwa ein Nord-Süd- oder ein Ost-West-Gefälle erkennen. Lediglich die Kreise entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze wiesen im Durchschnitt eine geringere Arbeitslosigkeit auf. Zudem wurde festgestellt, dass die gemessenen Unterschiede zwischen den ostdeutschen Kreisen geringer als die Unterschiede zwischen den westdeutschen Kreisen sind.

Die wirtschaftlich gut dastehenden Kreise des Clusters 3 grenzen in der Regel unmittelbar an eine kreisfreie Stadt an, welche sich zum großen Teil (21 von 25) im wirtschaftlich nicht ganz so gut dastehenden Cluster 2 befinden. Dies wiese darauf hin, dass sich die wirtschaftlich positive Lage der Stadt-Umland-Regionen eher in den Umlandkreisen als in den Kernstädten widerspiegelt.

⁹ Es wurden keine Indikatoren einbezogen, die Wachstumsraten erfassen.

Tabelle 13: Übersicht über die gebildeten Cluster

<p>Cluster 1 mit erheblichen Schwächen bei der wirtschaftlichen Situation 26 Landkreise und 4 kreisfreie Städte, große Teile Sachsen-Anhalts, Nordosten der neuen Länder und im Süden Brandenburgs</p>	<p>viel Industrieinvestitionen hohe Industrieumsätze hohe Arbeitslosenquote wenig Patentanmeldungen wenig Nettogewerbeanmeldungen</p>
<p>Cluster 2 mit hohem Humankapitalbestand und Suburbanisierungsverlusten 21 kreisfreie Städte</p>	<p>viele Beschäftigte in humankapitalintensiven Berufen hohe Erwerbstätigenquote viel Patentanmeldungen negativer Wanderungssaldo hohe Industrie-Bruttolöhne wenig Industrieinvestitionen wenig wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen hohe Sozialhilfequote wenig mittelstandsorientierte Kreditzusagen hoher Spezialisierungsgrad der Industrie</p>
<p>Cluster 3 mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis alle Kreise um Berlin, Umlandkreise von Leipzig, Halle/Saale, Rostock und Zwickau, weitere Kreise, die an Großstädte grenzen</p>	<p>geringe Arbeitslosenquote positiver Wanderungssaldo große Gewerbesteuerkraft geringe Sozialhilfequote viel Nettogewerbeanmeldungen geringe Erwerbstätigenquote</p>
<p>Cluster 4 mit Wachstumspotenzialen durch mittelständische Unternehmen 43 Landkreise großteils in Sachsen und Thüringen</p>	<p>geringe Industrie-Bruttolöhne viel wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen viel mittelstandsorientierte Kreditzusagen geringer Spezialisierungsgrad der Industrie wenig Beschäftigte in humankapitalintensiven Berufen geringe Erwerbstätigenquote geringe Gewerbesteuerkraft geringer Industrieumsatz</p>
<p>Quelle: IWH b, 2000: 44ff., eigene Zusammenstellung</p>	

2.7 Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung: Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands¹⁰

In diesem vom ZEW und anderen Instituten erarbeiteten Gutachten für das Bundesministerium für Bildung und Forschung stand die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands, d.h. die Qualität der deutschen Innovationssysteme, als Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand im Mittelpunkt. Diese wird vor allem im Vergleich zu anderen europäischen bzw. technologisch führenden Ländern betrachtet.

Regionale Unterschiede innerhalb Deutschlands wurden in dem Gutachten an zwei Punkten herausgearbeitet: Im Kapitel "Zum Aufholprozess in den neuen Bundesländern" wurde die Integration der Wirtschaft der neuen Bundesländer in die Weltwirtschaft durch einen Vergleich mit der westdeutschen Wirtschaft untersucht und im Kapitel "Die Regionalstruktur von Innovationstätigkeit und Innovationspotenzialen" ging es um deren Verteilung innerhalb Deutschlands.

Im Gutachten wird der Aufholprozess der ostdeutschen Bundesländer anhand von sechs Indikatoren, die die Stellung der technologischen Leistungsfähigkeit der neuen Bundesländer ins Verhältnis zu der Westdeutschlands setzten, erfaßt. Die Indikatoren waren im einzelnen:

- a Zunehmende Internationalisierung
Die Exportquote der ostdeutschen FuE-intensiven Industrien ist von 18% im Jahr 1995 auf 32% im Jahr 1998 gestiegen, lag aber weiterhin deutlich unter dem Vergleichswert von Westdeutschland mit 50%. Damit leisteten die neuen Bundesländer weiterhin nur einen geringen Anteil am gesamten Auslandsumsatz Deutschlands mit 3,5% im Jahr 1998.
- b Beschäftigung und Produktion in forschungsintensiven Industrien
Die Nettoproduktion in den forschungsintensiven Industrien konnte zwischen 1993 und 1998 in den neuen Bundesländern um 7,7% (alte Bundesländer 3,9%) ausgeweitet werden. Der Beschäftigungsabbau in diesen Industrien lag in den neuen Bundesländern bei 3,2 % und in den alten Bundesländern bei 2,0 %.
- c Wissensintensive Dienstleistungen und Gründungen
Seit 1995 haben sich Unterschiede in der Gründungsdynamik (Anzahl der Neugründungen bezogen auf die Erwerbspersonen) zwischen West- und Ostdeutschland weitgehend angeglichen. In den Bereichen Spitzentechnik, technologieorientierte Dienstleistungen und unternehmensnahe Beratungstätigkeit lag die Gründungstätigkeit in den alten Bundesländern höher.
- d Qualifikationsstrukturen
Während sich bei der Fertigungsintensität (Anteil Arbeiter an Beschäftigten) und der Dienstleistungsintensität (Anteil Angestellte an Beschäftigten) die Differenzen

¹⁰ Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Fraunhofer-Institut Systemtechnik und Innovationsforschung, Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2000): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, Zusammenfassender Endbericht 1999, ZEW, Mannheim

in der Qualifikationsstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland vergrößerten, glichen sie sich in den Bereichen Ausbildungskapitalintensität der Fertigung (Anteil Facharbeiter an Arbeitern), Auszubildendenquote (Anteil Beschäftigte mit Berufsausbildung) und in der Hochqualifiziertenquote (Anteil Hochschulabsolventen an Beschäftigten) an.

e Forschung und Entwicklung

Im FuE-Bereich gab es pro 10.000 Erwerbstätige in der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft (ohne Landwirtschaft und Staat) 1997 56 und in den alten Bundesländern 122 Beschäftigte in FuE. Die FuE-Intensität im Verarbeitenden Gewerbe als Personalanteil an den Beschäftigten lag 1997 in den neuen Bundesländern bei 3,7% und in den alten Bundesländern bei 4,3%, die internen Aufwendungen für FuE lagen bei 2,0% und 2,5% des Umsatzes.

f Innovationen und Patente

Zwischen 1995 und 1998 stieg die Anzahl der angemeldeten Patente in den neuen Bundesländern relativ etwas stärker als in den alten Bundesländern, allerdings wurden pro 100.000 Erwerbstätigen 1998 in den alten Bundesländern etwa dreimal soviel Patente angemeldet.

In bezug auf die Innovationstätigkeit und die Innovationspotenziale der Regionen Deutschlands wird im Gutachten festgestellt, dass unter den 10 Regionen mit den höchsten Beschäftigungsanteilen in der industriellen FuE (zwischen 12% und 3%) lediglich (Gesamt-)Berlin als ostdeutsche Region mit einem Anteil von 4% vertreten war. Darüber hinaus lag der Anteil des FuE-Personals an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in München bei mehr als 10% und in weiteren 13 Regionen zwischen 10% und 4%. Bei diesen 13 Regionen waren nur Berlin und Dresden als ostdeutsche Regionen vertreten.

Die FuE-Intensitäten der ostdeutschen Flächenländer lagen ebenfalls deutlich unter den der westdeutschen Flächenländer. Zudem hatten im Bundesdurchschnitt (1998) 11,5 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Branchen der Spitzentechnologie und der höherwertigen Technologie ihren Arbeitsplatz, dabei verzeichneten süd- und südwestdeutsche Regionen überdurchschnittliche Beschäftigungsanteile, west- und nordwestdeutsche Regionen hatten Anteile um den bundesdurchschnittlichen Wert und ostdeutsche Regionen hatten weit unterdurchschnittliche Anteile.

Aus dieser Bestandsaufnahme haben die Autoren folgende Handlungsempfehlungen abgeleitet:

- Die externe Industrieforschung solle durch netzwerkorientierte Fördermaßnahmen besser in die industriellen FuE- und Produktionsnetzwerke eingebunden werden, etwa durch verstärkte Kooperation mit KMU, durch mehr Rückkopplung mit Hochschulen und eine bessere Vernetzung untereinander.
- Aufgrund der zunehmenden regionalen Disparitäten wäre eine regional differenzierte Politik notwendig, um die technologische Leistungsfähigkeit gezielt zu stärken. Andererseits erschien eine weiter zunehmende regionale Verteilung der Forschung nicht wünschenswert.

- Ein Verzicht auf strukturkonservierende Maßnahmen zugunsten einer auf neue Technologien setzenden Industriestruktur, schien eine erfolgversprechende regionale Strategie zu sein. Darüber hinaus sei es wegen der geringeren Investitionsanforderungen in Sachkapital und der kürzeren Amortisationszeiten erstrebenswert, eine auf moderne Dienstleistungen setzende Strategie für strukturschwache Regionen zu verfolgen.
- Eine regional orientierte Innovationspolitik müsse komparative Vorteile der Regionen verstärken, in diesen Regionen vorhandene(s) Wissen und Kompetenzen wären zu nutzen. Allerdings solle innovationspolitische und nicht regionalpolitische Ziele ausschlaggebend bei der örtlichen Verteilung der Förderung sein, dies auch vor dem Hintergrund, dass die staatliche Unterstützung nur zeitlich begrenzt laufen solle.

3. Zusammenfassende Bewertung

Das vorliegende Diskussionspapier gibt einen Überblick über sieben Untersuchungen zur Weiterentwicklung der Ostförderung. Bei dieser Gegenüberstellung wird zweierlei deutlich:

1. die Untersuchungen zur aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern kommen alle zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Nach dem Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft und dem Re-Industrialisierungsprozess ist der Aufholprozess in den letzten Jahren ins Stokken geraten. Es ist zwar nach über zehn Jahren Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion einiges auf den Weg gebracht worden, jedoch besteht nach wie vor ein Rückstand in Produktion und Einkommen. Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin katastrophal. Die Untersuchungen zeigen daneben in regionaler Hinsicht einige Lichtblicke auf. Städte wie u.a. Dresden, Halle, Leipzig haben bereits einige westdeutsche Regionen überholt. Auch die Umlandkreise von Großstädten zählen zu den Gewinnern des ostdeutschen Aufbauprozesses.
2. die Handlungsempfehlungen an die Politik nehmen in den Gutachten einen geringen Stellenwert ein und weichen sehr stark voneinander ab. So setzt der Sachverständigenrat in seinem Gutachten explizit auf die Stärkung der jetzigen Wachstumspole, also der Städte bzw. der Agglomerationsräume. Ein weiteres mögliches Ziel - der regionale Ausgleich - wird von vorneherein zurückgewiesen. Daneben plädiert das IfW, die Wirtschaftsförderung in der jetzigen Form (Flächenförderung als Investitionszulage) bis 2004 beizubehalten, da es keine überzeugenden Gegenargumente gibt. Nach 2004 sollte diese Förderung in eine selektive, gesamtdeutsche Regionalförderung überführt werden, um den unterschiedlichen Entwicklungen in Ostdeutschland Rechnung zu tragen. Zudem sollte eine bessere Koordinierung der Fördermaßnahmen erreicht werden und es sollten staatliche Hilfen für in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Unternehmen eingestellt werden. Die Förderung der Verkehrsinfrastruktur sollte weiterhin mit großer Priorität fortgeführt werden, wobei - zunächst - verstärkt Wachstumsknoten gefördert werden sollten und die ländlichen Räume erst an zweiter Stelle. Diese Förderung sollte über das Jahr 2004 fortgesetzt werden. Nach der Förderung der "harten" Standortfaktoren sollten verstärkt die "weichen" Standortfaktoren, wie etwa der Wohn- und Freizeitwert sowie die Umweltqualität gefördert werden, um qualifizierte Arbeitskräfte in die Regionen anzulocken.

Es überrascht zunächst bei der Betrachtung der Ergebnisse die wenig präzise formulierten Handlungsempfehlungen an die Politik. Zwar kann sich die Wissenschaft darauf zurückziehen, dass es nicht ihr Auftrag war, aus der Analyse wirtschaftspolitische Folgerungen zu ziehen. Angesichts der Diskussion um die Neugestaltung der Strukturpolitik in Deutschland wäre es allerdings wünschenswert gewesen, wenn wissenschaftlich fundierte Politikempfehlungen die einzelnen Untersuchungen abgerundet hätten. Denn es besteht Konsens darin, dass auch künftig die neuen Länder auf hohe Transfers aus dem Westen angewiesen sind. Eine gewisse Uneinigkeit besteht in dem Mitteleinsatz. Eine auf Wachstumspole setzende Politik kann möglicherweise unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten eine angemessene Strategie sein. Zu fragen bleibt aber trotzdem, ob eine auf wachstumssetzende Strategie auch unter verteilungs- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten zu vertreten ist, da

sich damit bereits bestehende regionale Unterschiede, insbesondere zwischen den Agglomerationsräumen und den übrigen, meist abgelegeneren Regionen, weiter vergrößern würden. Ausserdem besteht die Gefahr, dass es für die spätere Entwicklung des sog. endogenen Entwicklungspotenzials in diesen Gebieten zu spät ist, weil es dann nämlich nichts mehr zu entwickeln gibt.

Das WSI wird in den nächsten Monaten eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich zum Ziel setzen wird, ein Alternativkonzept zur Neugestaltung der Strukturpolitik in Deutschland zu entwerfen. Interessierte sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion aktiv zu beteiligen.

Literaturverzeichnis:

- DIW: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) (2000), Anlagevermögen der ostdeutschen Länder und Gemeinden - noch erheblicher Nachholbedarf, Wochenbericht 24/2000, DIW, Berlin
- IfW: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1999), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 19. Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge 346/347, Kiel
- IWH a: Ragnitz, Joachim; Dreger, Christian; Komar, Walter; Müller, Gerals (2000), Simulationsrechnung zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (Hg.), Sonderheft 2/2000, Halle
- IWH b: Barjak, Franz; Franz, Peter; Heimpold, Gerhard; Rosenfeld, Martin T.W. (2000), Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (Hg.), Wirtschaft im Wandel, Heft 2, Halle
- RWI: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (2000), Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht, Essen
- Sachverständigenrat: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1999): Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahrgutachten 1999/2000, Wiesbaden
- ZEW: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Fraunhofer-Institut Systemtechnik und Innovationsforschung, Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2000), Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, Zusammenfassender Endbericht 1999, ZEW, Mannheim

Bisher erschienene WSI-Diskussionspapiere

1. **Tofaute, Hartmut:** Bonner Finanzpolitik auf Crash-Kurs - Der öffentliche Dienst als Sparschwein der Nation?, Juli 1993
2. **Heise, Arne:** Beschäftigung und Wachstum in der Bundesrepublik 1970 - 1990 - einige Bemerkungen, August 1993
3. **Meißner, Werner:** Die Einheit als ökonomische und nationale Aufgabe - Beitrag zum Hambacher Disput "Solidarität gefordert" am 25. September 1993, September 1993
4. **Sitte, Ralf/Ziegler, Astrid:** Die - neuerliche - Reform der EG-Strukturfonds. Einige Anmerkungen zu den wesentlichen Änderungen, November 1993
5. **Ziegler, Astrid:** Gewerkschaftliche Politik für kleinere und mittlere Unternehmen und die Praxis der "Mittelstandspolitik". - Regional- und Beschäftigungs-politische Bedeutung -, Dezember 1993
6. **Nolte, Dirk:** Die Strukturkrise in der Automobilindustrie. - Entstehungsursachen und Perspektiven -, Januar 1994
7. **Nolte, Dirk:** Die Bedeutung der Automobilindustrie im südkoreanischen Wirtschaftsmodell - Perspektiven der südkoreanischen PKW-Industrie - Januar 1994
8. **Tofaute, Hartmut:** Frisches Geld für staatliches Handeln – gibts das noch?, März 1994
9. **Sitte, Ralf:** Ökologische Neuordnungspolitik im Energiesektor? Eine Betrachtung zur Kontroverse um die Kohlefinanzierung und den "Energiekonsens", April 1994
10. **Tofaute, Hartmut:** 'Marx und Keynes' Bedeutung für arbeitnehmerorientierte Wissenschaft und Politik, April 1994
11. **Nolte, Dirk/Sitte, Ralf/Tofaute, Hartmut/Wagner, Alexandra:** Zum Verbleib von ehemals 4 Millionen Beschäftigten in Unternehmen der Treuhandanstalt, April 1994
12. **Heise, Arne:** Skizze einer alternativen Theorie der (Unter-)Beschäftigung, Mai 1994
13. **Tofaute, Hartmut:** Ökosteuern und -abgaben. Wirksame Instrumente des Umweltschutzes, Juli 1994
14. **Bispinck, Reinhard:** Strukturprobleme der bundesdeutschen Wirtschaft - Strukturprobleme der Tarifpolitik, August 1994
15. **Lecher, Wolfgang:** Die reale Situation der Interessenvertretung in Frankreich und Deutschland - ein empirischer Vergleich -, September 1994
16. **Sitte, Ralf/Ziegler, Astrid:** Gewerkschaftliche Beteiligung an den EU-Strukturfonds in den Bundesländern - Ergebnisse einer schriftlichen Umfrage - September 1994
17. **Bäcker, Gerhard:** Altersarmut - Frauenarmut. Diskussion eines sozialen Problems und sozialpolitische Reformoptionen, September 1994

18. **Bäcker, Gerhard:** Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit - Soziale Ausgrenzung, Negativsteuer und Grundsicherung, September 1994
19. **Lecher, Wolfgang:** Angebotskorporatismus? Finanzierungsmodelle von Weiterbildung in Europa, September 1994
20. **Bäcker, Gerhard/Stolz-Willig, Brigitte:** Mehr Teilzeitarbeit - aber wie? Zur Diskussion über Förderung und soziale Absicherung optionaler Arbeitszeiten, September 1994
21. **Heise, Arne:** Welche Bedeutung hat die neoklassische Arbeitsmarkttheorie angesichts dauerhafter Massenarbeitslosigkeit?, November 1994
22. **Sitte, Ralf:** Ökologischer Strukturwandel durch Energiesteuern. Eine kritische Würdigung erwünschter Lenkungseffekte eines sozialverträglichen Kompensationsmodells, März 1995
23. **Ziegler, Astrid:** Gleichwertige Lebensbedingungen. - Zur Diskussion um den Gleichwertungsbegriff in der Raumordnungs- und Regionalpolitik -, September 1995
24. **Sitte, Ralf:** Klimapolitik und Energiekonsens - Politische Rahmenbedingungen und ökologische Anforderungen bei der Wiederherstellung eines Energie-konsens, Oktober 1995
25. **Heise, Arne:** Struktureller und institutioneller Wandel, Deregulierung und Beschäftigung in Großbritannien und der Bundesrepublik - ein einführender Überblick -, Dezember 1995
26. **Stolz-Willig, Brigitte:** Chancengleichheit im Kollektivvertragssystem, Februar 1996
27. **Ralf Sitte/Hartmut Tofaute:** Beschäftigungsbilanz der Treuhandanstalt. Eine kritische Übersicht zur Personalpolitik der Jahre 1990 - 1994, April 1996
28. **Tofaute, Hartmut:** Die Belastung der privaten Haushalteinkommen mit indirekten Steuern auf spezielle Güter und Dienstleistungen, Juli 1996
29. **Heise, Arne:** Deregulierung und Beschäftigung in Großbritannien und Deutschland, Dezember 1996
30. **Lecher, Wolfgang:** Gewerkschaften und industrielle Beziehungen in Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland - Rahmenbedingungen für die EBR, Januar 1997
31. **Sitte, Ralf:** Nach dem Abschwung Ost: Letzte Ausfahrt "Lohnfalle"?, Februar 1997
32. **Samland, Uwe:** Reformdebatte der europäischen Strukturpolitik. Synopse wichtiger konzeptioneller Positionen zur Reform der europäischen Strukturpolitik, Februar 1997
33. **Heise, Arne:** Wage dispersion, structural change and unemployment - a graphical exposition, Februar 1997
34. **Ziegler, Astrid:** Partnerschaft, Beteiligung und Umsetzung. Zwischenbilanz und Perspektiven der Beteiligung der Sozialpartner an der Europäischen Strukturpolitik, Februar 1997

35. **Tofaute, Hartmut:** Zur Bedeutung und Funktion steuerlicher Vergünstigungen - zu Möglichkeiten und Konsequenzen ihres Abbaus im Zusammenhang mit der Debatte um die Steuerreform 1998/1999, März 1997
36. **Störmann, Wiebke:** Die Vorschläge der Bundesregierung zum Steuerreformgesetz 1999 - Ziele und Wirkungen -, April 1997
37. **Klammer, Ute:** Zur Umgestaltung der sozialen Sicherung und ihrer Finanzierung - Europäische Wege und ihre Relevanz für die deutsche Diskussion, Juni 1997
38. **Störmann, Wiebke, Ziegler, Astrid:** Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern. Kritische Anmerkungen zum mittelfristigen Förderkonzept der Bundesregierung nach 1998, Juni 1997
39. **WSI-Arbeitsgruppe Reform der Europäischen Strukturfonds:** Die Reform der europäischen Strukturfonds aus arbeitnehmerorientierter Sicht – Positionspapier, Juli 1997
40. **Störmann, Wiebke:** Reform der Unternehmensbesteuerung, Juli 1997
- 41.
42. **Höpner, Martin:** Politisch koordinierte Ökonomien 1973-1996, Oktober 1997
43. **Radke, Petra/Störmann, Wiebke:** Qualifizierung und Chancengleichheit - Zu den Auswirkungen staatlicher Bildungsmaßnahmen während des Erziehungsurlaubs, Februar 1998
44. **Hassel, Anke/Schulten, Thorsten:** Globalisation and the future of central collective bargaining: the example of the German metal industry, Februar 1998
45. **Sitte, Ralf:** Ausbau - Umbau - Abbau - Notwendige Korrekturen an der Kritik des Sozialstaates, Februar 1998
46. **Radke, Petra/Störmann, Wiebke:** Erziehungsurlaub und Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, April 1998
47. **Bäcker, Gerhard/Klammer, Ute:** The Dismantling of Welfare in Germany, Mai 1998
48. **WSI-Standortbericht** (s. WSI-Mitteilungen 6/1998)
49. **Kubani, Filip:** Wegfall des Wechselkursinstruments: Schock für Europa?, August 1998
50. **Heise, Arne:** The Political Economy of Meritocracy, Unemployment, Globalism and Inequality, August 1998
51. **Schulten, Thorsten:** Collective bargaining under the conditions of European Monetary Union, August 1998
52. **Bahn Müller, Reinhard/Bispinck, Reinhard:** Tarifsystem und Tarifpolitik in der deutschen Metall- und Elektroindustrie 1980-1997, August 1998
53. **Bahn Müller, Reinhard/Bispinck, Reinhard:** Collective Bargaining in the German Metal Industry 1980-1997, August 1998

54. **Bochum, Ulrich:** A structural profile of the European Metal Industry and the impact of the EURO, August 1998
55. **Heise, Arne:** Collective Bargaining in the European Monetary Union – Is Europe an Optimum Currency Area?, September 1998
56. **Jokinen, Antti:** Collective Bargaining in the Finnish Metal Industry and the impact of the EURO, Oktober 1998
57. **Lecher, Wolfgang u.a.:** Europäische Betriebsräte – Die Entwicklung von Information und Konsultation und die Perspektive ihrer transnationalen Vernetzung auf sektoraler Ebene – Arbeitsthesen und erste Schlussfolgerungen aus einem branchenbezogenen, internationalen Projekt -, Oktober 1998
58. **Klammer, Ute/Ochs, Christiane:** The Development of Gainful Employment of Women in Germany, Oktober 1998
59. **Oste, Jürgen/Vilrocx, Jacques:** Collective Bargaining in the Belgian Metal Industry in the Shadow of the European Monetary Market, November 1998
60. **Nilsson, Göran:** Collective Bargaining in the Swedish Metal Industry in the Shadow of the European Monetary Market, November 1998
61. **Tofaute, Hartmut:** Politische, ökonomische und soziale Folgen der Globalisierung, November 1998
62. (entfällt) WSI-Projektgruppe: Ausgewählte Ergebnisse der WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 1997/98
63. **Telljohan, Volker:** Collective Bargaining in the Italian Metal Industry in the Shadow of the European Monetary Union, December 1998
64. **Dufour, Christian/Hege, Adelheid:** Collective Bargaining in the French Metal Industry, December 1998
65. **Sitte, Ralf:** Nicht nur auf die Dosis kommt es an: Mit Ökosteuern den Strukturwandel "steuern", Januar 1999
66. **Heise, Arne:** Die Krise der herrschenden Wirtschaftspolitik. Einige kritische Anmerkungen, Januar 1999
67. **Jerke, Thomas:** Stabilitätspakt und soziale Sicherheit: Sind Währungsunion und soziales Europa miteinander vereinbar?, Januar 1999
68. **Heise, Arne:** Konkurrenz oder Kooperation? Theoretische Grundlagen eines makroökonomischen 'Bündnis für Arbeit', Januar 1999
69. **Hein, Eckhard/Ochsen, Carsten:** On the Real Effects of the Monetary Sphere: Post-Keynesian Theory and Empirical Evidence on Interest Rates, Income, Shares, and Investment, Juni 1999
70. **Truger, Achim:** Zu den Forderungen nach einem "radikalen" Subventionsabbau, August 1999
71. **Gollbach, Jochen/Schulten, Thorsten:** Cross-border Collective Bargaining Networks in Europe, August 1999
72. **Reich, Beate/Pelz, Thomas:** Entwicklungsperspektiven des Altenburger Landes / Thüringen, August 1999

73. **Hein, Eckhard:** Zentralbank-Politik und makroökonomische Ergebnisse: eine sozio-institutionelle Interpretation, August 1999
74. **Hallerberg, Tatjana/Masurek, Lars/Pelz, Thomas:** Kooperationen und Netzwerke kleiner und mittlerer Unternehmen – Eine exemplarische Dokumentation, Oktober 1999
75. **Klammer, Ute:** Alterssicherung von Frauen als Aufgabe und Chance der anstehenden Rentenstrukturreform, November 1999
76. **Reinhard Bispinck:** Collective Bargaining in Germany 1998/99 – Report for the European Trade Union Institute (ETUI), Dezember 1999
77. **Heise, Arne:** Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zwischen ökonomischer Notwendigkeit, ideologischer Neuorientierung und sozialer Gerechtigkeit, Dezember 1999
78. **Seifert, Hartmut:** Competition, Flexibility and Working Hours, Januar 2000
79. **Bahn Müller, Reinhard/Bispinck, Reinhard/Weiler, Anni:** Tarifpolitik und Lohnbildung in Deutschland am Beispiel ausgewählter Wirtschaftszweige, Februar 2000
80. **Seifert, Hartmut:** New Approaches to Working Time Policy in Germany: The 28,8 Hour Working Week at Volkswagen Company, Februar 2000
81. **Truger, Achim:** Kritisches zu den Wohlfahrtsaussagen der neueren Steuertheorie, Februar 2000
82. **Ebert, Daniela:** Bestimmungsfaktoren der Beschäftigung in der Bundesrepublik. Eine empirische Analyse der Faktorsubstitutionshypothese unter Berücksichtigung einer Alternativhypothese, Februar 2000
83. **Truger, Achim:** Steuerreformen für mehr Beschäftigung?, Februar 2000
84. **Bispinck, Reinhard/Schulten, Thorsten:** Alliance for Jobs: Is Germany following the path of "competitive corporatism"?, April 2000
85. **Klammer, Ute:** Working women in the age of flexibility - new diversities, new needs for social protection, April 2000
86. **Ziegler, Astrid:** Die Europäischen Strukturfonds 2000 – 2006 – Zu den Einfluss-möglichkeiten der Sozialpartner in der Bundesrepublik Deutschland, April 2000
87. **Truger, Achim:** Ökologische Steuerreformen in Europa – Wo steht Deutschland?, Juni 2000
88. **Truger, Achim:** Konstitutionelle Ökonomik, Staatsversagen und "Wissenschafts-versagen", September 2000
89. **Klammer, Ute:** Old problems – new solutions? Working mothers between social policies and social practices, Oktober 2000
90. **Pelz, Thomas/Ziegler, Astrid:** Synopse aktueller Untersuchungen zur Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern, Dezember 2000